

BESCHLÜSSE

Bezirksparteitag

3. Juli 2004

in Frankfurt

SPD Bezirk Hessen-Süd

INHALTSVERZEICHNIS

Antragsgruppe A

Organisation – Partei – Verbände

Seite 5

Antragsgruppe B

Wirtschaft – Finanzen – Verkehr – Energie – Umwelt –
Landwirtschaft

Seite 10

Antragsgruppe C

Sozialpolitik

Seite 17

Antragsübersicht

Seite 23

Wahlergebnisse

Seite 29

Herausgeber: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Textverarbeitung: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Druck: SPD-Hausdruckerei

Frankfurt am Main, im Juli 2004

Antragsgruppe A

Organisation – Partei – Verbände

A 1

(Bezirksvorstand)

Änderung von § 6, Abs. 1 (Delegiertenschlüssel) der Satzung des SPD-Bezirks Hessen-Süd

§ 6, Absatz 1 der Satzung des SPD-Bezirks Hessen-Süd erhält folgende Neufassung:

„Der Bezirksparteitag ist das oberste Organ des Bezirks. Er setzt sich zusammen aus 250 von den Unterbezirksparteitagen gewählten Delegierten. Die Verteilung der Mandate erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die in den vorausgegangenen vier Quartalen Pflichtbeiträge abgerechnet worden sind.“

A 2

(Unterbezirk Wiesbaden)

Quorum bei Wahlen

§ 11, Abs. 4 der Bezirkssatzung wird dahingehend geändert, dass „Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen“, erhält.

A 6

(Unterbezirk Darmstadt-Dieburg)

Angemessene Berücksichtigung junger Kandidatinnen und Kandidaten

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die Ortsvereine und Fraktionen auf, bei der Aufstellung von Listen für politische Ämter die Berücksichtigung junger Kandidatinnen und Kandidaten zu gewährleisten.

A 7

(Unterbezirk Offenbach-Stadt)

Kommunikation vor Entscheidungen verbessern

Immer wieder sind die Reformvorhaben der vergangenen beiden Jahre erst nach der Veröffentlichung in den Medien – fast zeitgleich - in die Parteigremien gelangt und konnten nur noch nachträglich durch die Mandatsträger begründet und rechtfertigt werden.

Dieses negativ wirkende und teils unprofessionelle Vorgehen führte oft zu Irritationen bei den Mitgliedern und machte eine Unterstützung durch aktive Rechtfertigung der vorgeschlagenen Maßnahmen in der Bevölkerung auf Bundes-, Landes – und/oder Bezirks- und UB-Ebene fast unmöglich.

Eine Folge dieser mangelhaften Praxis sind die gehäuften Austritte von Parteimitgliedern und die Niederlagen bei Wahlen sowie der Rückgang der Zustimmung der Bevölkerung zur Politik der SPD auf fast allen gesellschaftlichen Ebenen.

Deshalb muss die innere Kommunikation nach demokratischen Prinzipien so verbessert werden, dass die Basis, alle Parteigremien und die gewählten Mandatsträger sich früher mit im Ergebnis offenen Fragestellungen befassen können, um diese ausführlich zu diskutieren sowie vor der Veröffentlichung verstehen und positiv mittragen zu können. Dazu sollten Argumentationshilfen von der jeweils höheren an die niedrigere Ebene gegeben werden, um die Einschätzungen dieser Ebenen fraglos nachvollziehen zu können.

Kurz: Mehr direkte Demokratie wagen, liebe Genossinnen + Genossen!

A 8

(Unterbezirk Offenbach-Stadt)

Demokratischer Sozialismus – Ja oder Nein?

Der Parteivorstand der SPD wird aufgefordert, den Begriff „Demokratischer Sozialismus“ in der Satzung und in allen damit verbundenen Regelwerken und Schriftstücken zu belassen. Die Partei ist gefordert, den Begriff im Rahmen der Programmdebatte mit Inhalten zu füllen.

A 9

(Bezirksarbeitsgemeinschaft SPD 60plus)

Beteiligung älterer Menschen an Entscheidungsprozessen

Der Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd wird aufgefordert, sich im Rahmen seiner Zuständigkeit und seiner politischen Einflussmöglichkeiten dafür einzusetzen, dass die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Beiträge der älteren Generation anerkannt werden, die Beteiligung älterer Menschen an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen durchgesetzt und die aktive Mitwirkung an der demokratischen Willensbildung und Politikplanung durch Mandate in parlamentarischen Gremien und in innerparteilichen Gremien ermöglicht wird.

A 10

(Bezirksarbeitsgemeinschaft SPD 60plus)

Pflegeversicherung

Der Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe „Reform der Pflegeversicherung“ einzusetzen, um damit die notwendige politische Debatte vorzubereiten.

I A 1

(Bezirksvorstand)

Es ist Zeit für eine Neuausrichtung der Politik auf mehr soziale Gerechtigkeit

- 1.) Die Europawahl vom 13. Juni ist kein Einzelereignis. Sie reiht sich ein in eine lange Reihe von Wahlniederlagen seit den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen Anfang 2003. In nie gekannter Konsequenz haben Wählerinnen und Wähler der SPD das Vertrauen entzogen. 21,5% bei der niedrigen Wahlbeteiligung der Europawahl bedeuten, dass nur noch 9% aller Wahlberechtigten ihre Stimme für die SPD abgegeben haben. Frühere SPD-Wähler bleiben zuhause, besonders da wo die SPD noch stark ist. Die ungültigen Stimmen steigen, in einigen Regionen über 5%, ein deutliches Zeichen des Protestes. Parallel zu den Wahlniederlagen verlassen langjährige SPD-Mitglieder in großer Zahl die SPD. Wenn die SPD das Vertrauen von Wählerinnen und Wählern und politisch Engagierten wiedergewinnen will, dann muss sie aus diesen Wahlergebnissen Konsequenzen ziehen.

- 2.) Die CDU kann von dem Vertrauensverlust der SPD bisher nicht profitieren. Auch sie verliert Stimmen bei der Europawahl. Es ist offensichtlich, dass sie insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern noch härtere Einschnitte auferlegen will. Besonders deutlich wird das an dem Ergebnis der CDU in Hessen. Statt 4,2% wie im Bund verliert die Hessische CDU 6,1%. Das ist auch die Quittung für die Zerschlagung der sozialen Infrastruktur durch die Regierung Koch.
- 3.) Hauptgewinner der Europawahl neben der PDS im Osten sind die Grünen. Sie haben in den eher bürgerlichen Vierteln der Großstädte bundesweit an vielen Stellen die SPD überflügelt. Zu ihrer Wählerschaft zählen inzwischen auch große Teile gut qualifizierter moderner Arbeitnehmer. Die Grünen profitieren davon, dass die Differenz zwischen der Regierungspolitik ihrer Minister und den grünen Programmen deutlich geringer ist als bei der SPD. Hinzu kommt, dass die grüne Klientel von den Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme deutlich weniger betroffen ist als die Wählerinnen und Wähler der SPD. Auch sind gerade bei gut qualifizierten Arbeitnehmern die Ansprüche an Professionalität im Handeln deutlich höher. Hier schlagen die handwerklichen Fehler der Bundesregierung zusätzlich negativ zu Buche. Mittelfristig muss die SPD auch diese Gruppen wieder erreichen, sonst ist sie in den Großstädten auf Dauer nicht mehrheitsfähig.
- 4.) Insgesamt kann dieses Wahlergebnis nicht nur mit handwerklichen Fehlern der Politikausführung oder mit Problemen bei der Vermittlung der Grundausrichtung der Politik begründet werden. Das Problem sind Bestandteile dieser Politik, die insbesondere von Kernwählerinnen und -wählern der SPD wegen ihrer spürbaren sozialen Unausgewogenheit nicht akzeptiert werden. Im Hinblick auf die noch ausstehenden Schritte bei der Umsetzung (Hartz IV, Gesundheits- und Rentenreform) ist zu befürchten, dass sich dieser Erosionsprozess der sozialdemokratischen Wählerbasis noch weiter fortsetzt. Dann stünde nicht nur das Schicksal der sozialdemokratischen Bundesregierung auf dem Spiel, sondern die Existenz der SPD als große linke Volkspartei.
- 5.) Nach diesem Wahlergebnis ist es Zeit für eine Neuausrichtung der Politik. In einer parlamentarischen Demokratie erwarten die Wählerinnen und Wähler, dass ihr Wahlverhalten Einfluss auf die Politik hat. Deshalb kann ein bloßes „Weiter so“ keine angemessene Antwort auf die eindeutige Absage von Wählerinnen und Wählern sein.

Wir brauchen Korrekturen in drei Bereichen.

- Die härtesten Belastungen bei den Gesundheits-, Renten- und Arbeitsmarktreformen müssen noch einmal überprüft werden, insbesondere dort, wo mehrere Belastungen zusammenkommen.
- Die soziale Balance muss hergestellt werden. Wir brauchen eine gerechtere Verteilung der Gesamtlasten, mit der Unternehmen und hohe Einkommen wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Güter beteiligt werden. Die Vorschläge zur Bürgerversicherung sind ebenso wie die Erbschaftssteuerreform weiter zu verfolgen.

- Die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungssysteme darf nicht weiter abgebaut, der Verarmungsprozess der schwächsten Glieder der Gesellschaft, wie er Folge von Hartz IV sein wird, muss gestoppt werden. Konkrete Arbeits- oder Weiterbildungsangebote müssen umgehend geschaffen werden.
 - Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze brauchen wir Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Umwelt, eine Stärkung der Binnennachfrage sowie der kommunalen Finanzen. Nur so werden neue Arbeitsplätze entstehen.
- 6.) Die SPD in Deutschland wird mehr denn je gebraucht. Die sozialdemokratischen Werte sind die Maßstäbe, an denen orientiert Politik im Interesse der Menschen in einer sich ändernden Welt immer neu formuliert werden kann. Wie dies konkret aussieht, wird nicht von wenigen entschieden, sondern muss diskutiert werden, mit den Mitgliedern der SPD ebenso wie mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir diskutieren offen und öffentlich, damit wir danach gemeinsam handeln. Es braucht beides: offene Diskussion und gemeinsames Handeln, damit Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der Gesellschaft durchgesetzt werden können.

Antragsgruppe B

Wirtschaft – Finanzen – Verkehr – Energie – Umwelt – Landwirtschaft

B 1

(Bezirksvorstand)

Steuern - aber gerecht

1. Sozialdemokratische Finanzpolitik

Ausgangspunkt jeder Finanzpolitik ist die Bereitstellung der Mittel, die notwendig sind, um die Grundlagen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands zu sichern. Dazu gehören Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Forschung und Entwicklung. Eines der vordringlichen Ziele ist heute die Finanzierung von Bildung und Betreuung für alle. Angesichts der Mittel, die notwendig sind, um diese Zukunftsinvestitionen zu finanzieren und bessere Bedingungen zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit zu schaffen, gibt es keinen Spielraum für weitere allgemeine Steuersenkungen.

Sozialdemokratische Finanzpolitik will noch mehr. Wir stellen uns der Aufgabe, durch öffentliches Handeln den Problemen entgegenzuwirken, die aus einem auf Gewinn orientierten wirtschaftlichen Handeln entstehen. Deshalb ist für uns eine aktive Beschäftigungspolitik ebenso wichtig wie der Ausgleich der sozialen und ökologischen Folgen gewinnorientierten Wirtschaftens. Darüber hinaus wollen wir soziale Gerechtigkeit herstellen, Gleichberechtigung fördern und Impulse für eine innovative nachhaltige Wirtschaftsweise geben. Um Chancengleichheit zu erreichen, brauchen wir einen angemessenen Anteil an der Wirtschaftsleistung. Noch immer gilt: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Ebenso gehört zum Kernbestand einer sozialdemokratischen Finanzpolitik, dass die Lasten an Steuern und Abgaben sozial gerecht nach der jeweiligen Leistungsfähigkeit verteilt werden. Dieser Zustand muss in Deutschland immer noch hergestellt werden. Die Absenkung des Einkommenssteuersatzes und die Erhöhung des Grundfreibetrages waren wichtige Schritte in die richtige Richtung. Jetzt geht es um das systematische Schließen von Steuerschlupflöchern, die es Unternehmen und Großverdienern ermöglichen, sich einer angemessenen Besteuerung zu entziehen. Dazu gehört vor allem die unüberschaubare Vielfalt von Sonderregelungen. Dies hat das Steuerrecht ungerechter gemacht, da nur eine Minderheit von künftigen und besser verdienenden Steuerpflichtigen dazu in der Lage ist, die Regelungen zu nutzen, um damit ihre Steuerschuld auf Kosten der Mehrheit der Bürger zu drücken. Jede Steuerreform muss

sich deshalb an dem Anspruch messen lassen, die Besteuerung gerechter und einfacher zu machen.

2. Steuergerechtigkeit

Steuergerechtigkeit heißt: Alle Einkommen heranziehen

Die massive Ungerechtigkeit durch die deutlichen Unterschiede bei der Behandlung verschiedener Einkommensarten bei der Einkommensbesteuerung muss beseitigt werden. Während das Arbeitseinkommen vollständig besteuert wird, da der Arbeitgeber die Lohnsteuer einbehält, werden Einkünfte aus Unternehmertätigkeit, aus Kapitalvermögen und Immobilien nur unzureichend erfasst.

Wir wollen, dass die unterschiedlichen Einkommensarten einen vergleichbaren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben leisten. Dabei wollen wir Besteuerungslücken zugunsten weniger schließen. Deshalb treten wir dafür ein, Veräußerungsgewinne in jeder Form zu versteuern, gleichgültig ob es sich um Immobilien, Firmenanteile oder Wertpapiere handelt. Ebenso sind alle Spekulationsgewinne aus Derivatgeschäften und aus Devisenspekulationen geeignet zu besteuern. Auch erfordert es die Gleichmäßigkeit der Besteuerung, dass die Einkünfte aus Kapitalvermögen vollständig erfasst werden. Zur Gleichstellung mit der Besteuerung von Arbeitseinkommen wollen wir auch Kapitaleinkommen möglichst an der Quelle erfassen.

- Wir wollen statt einer Vielzahl von schwierig abzugrenzenden Einkunftsarten in Zukunft nur noch zwei Arten von Einkünften. Zum einen die Arbeitseinkommen. Dazu zählen die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit und Einkommen aus Renten und Pensionen. Zum anderen die übrigen Einkünfte. Dazu zählen die Einkünfte aus Gewerbe, selbständiger Arbeit, aus Land- und Forstwirtschaft, aus Vermietung und Verpachtung und aus Kapitalvermögen.
- Die Arbeitseinkommen sollen weiter nach einem linear progressiven Tarif besteuert werden.
- Der Spitzensteuersatz wird nicht unter 42% abgesenkt.
- Die übrigen Einkünfte werden proportional mit 30% versteuert. Hinzu kommen außer bei den Einkünften aus Kapitalvermögen bis zu 10% für eine erweiterte Gewerbesteuer für die Kommunen.
- Ungewollte Mehrbelastungen für kleine und mittlere Einkommen bei den übrigen Einkünften, zum Beispiel bei kleinen Handwerksbetrieben, können durch die Möglichkeit für den linear progressiven Tarif zu optieren, verhindert werden.

Steuergerechtigkeit heißt: Leistungsfähigkeit als Maßstab

Es muss wieder gelten, dass mit steigendem Einkommen auch die steuerliche Belastung steigt. Werden Einkommen aber gar nicht mehr, oder nur noch zum Teil erfasst, bedeutet dies einen schweren Verstoß gegen den Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Der ehrliche Steuerzahler darf nicht der Dumme sein.

Wenn sich für in einer Vielzahl von Fällen für Normalverdiener durch Lohnsteuer und unter Berücksichtigung der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung höhere Belastungen

für jeden zusätzlich verdienten Euro ergeben als für Bezieher hoher Einkommen, dann ist dies nicht hinnehmbar. Denn mit steigendem Einkommen wachsen die Möglichkeiten, Schlupflöcher wie Sonderabschreibungen, Bewertungsfreiheiten und Einkommensverlagerungen so zu nutzen, dass sich die Steuerschuld drastisch verringert und im Extremfall auf Null sinkt. Demgegenüber wird bei Arbeitnehmern wegen der zu geringen Absetzbarkeit der zwangsläufig erhobenen Sozialversicherungsbeiträge sogar ein nicht verfügbares Einkommen versteuert.

Wir wollen Steuersubventionen und Sonderregelungen konsequent einschränken und beseitigen! Durch die so erreichte Annäherung von nominaler und effektiver Besteuerung wird das Steuerrecht zugleich einfacher und gerechter. Die Belastung der mittleren Einkommen darf durch die Steuerreform nicht erhöht, die der unteren Einkommen soll weiter gesenkt werden.

- Wir wollen die Möglichkeiten für Abschreibungsmodelle deutlich reduzieren
- Wir wollen weitere Subventionen abbauen. Dazu gehören Steuervergünstigungen für den Luftverkehr ebenso wie Vergünstigungen für Agrardiesel. Die allgemeine Eigenheimzulage wollen wir in eine gezielte Förderung für junge Familien und die Sanierung von Ortskernen umwandeln.
- Wir wollen die Pendlerpauschale grundsätzlich beibehalten. Dabei ist zu prüfen, ob Entfernungen unter 15 Kilometer in einer entsprechend erhöhten Arbeitnehmerpauschale abgegolten werden können. Die Besteuerung der Nutzung von Dienstwagen wird schrittweise an den tatsächlichen geldwerten Vorteil angepasst.
- Es bleibt bei der steuerlichen Entlastung der Zuschläge für Schicht- und Nachtarbeit.
- Für Einkommen über 500.000 Euro im Jahr wird ein Zuschlag von 5% erhoben.
- Bei einer Weiterentwicklung des Steuersystems stehen angesichts zusätzlicher Belastungen im Bereich der sozialen Sicherung insbesondere Gering- und Normalverdienern Nettoentlastungen zu. Wenn sich durch den Abbau von Subventionen finanzielle Spielräume ergeben, soll der Grundfreibetrag erhöht werden.

Steuergerechtigkeit heißt: Lasten gleich behandeln

Zu einer gerechten Einkommenssteuer gehört auch, dass die Lasten, die bei der Steuerbemessung berücksichtigt werden, wie zum Beispiel Aufwendungen zur sozialen Sicherung, die Steuer bei allen Einkommensgruppen in gleicher Weise mindern. Deshalb wollen wir, dass Entlastungsbeträge nicht bei der Bemessungsgrundlage, sondern bei der Steuerschuld abgezogen werden. Dies gilt für Leistungen des Familienlastenausgleiches ebenso wie für Vorsorgeaufwendungen und Werbungskosten. Das heißt, dass jeweils ein Anteil dieser Beträge in der Höhe des Durchschnittssteuersatzes von der Steuer abgezogen wird. Das gleiche gilt, wenn in einigen wenigen Bereichen neben gezielten Finanzhilfen steuerliche Vergünstigungen erforderlich bleiben.

Steuergerechtigkeit heißt: Keine Umschichtung von direkten Steuern auf die Mehrwertsteuer

Damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht noch weiter belastet werden, ist eine Verlagerung steuerlicher Lasten auf die Mehrwertsteuer grundsätzlich abzulehnen. Wer den größten Teil seines Einkommens für seinen Lebensunterhalt wieder ausgeben muss, wird von der Mehrwertsteuer besonders getroffen. Eine Umschichtung von direkten Steuern wie Einkommens- oder Vermögenssteuer auf die indirekte Mehrwertsteuer belastet somit untere Einkommensgruppen stärker als die höheren Einkommen. Deswegen lehnen wir eine höhere Mehrwertsteuer zur Finanzierung von Steuersenkungen ab. Offen bleibt, ob eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge durch eine Umfinanzierung über die Mehrwertsteuer zu einer gerechteren Belastungsverteilung führt.

Steuergerechtigkeit heißt: Die Unternehmen angemessen besteuern

Zu einem gerechten Steuersystem gehören auch Unternehmenssteuern. Würden sie nicht erhoben, würde der von den Beschäftigten erwirtschaftete Wertzuwachs nur das Vermögen der Besitzer bzw. der Aktionäre erhöhen. Unternehmenssteuern lassen die Erträge der gesamten Gesellschaft zugute kommen. Deshalb dürfen die Unternehmenssteuern nicht weiter gesenkt werden und die Gewerbesteuer muss revitalisiert werden. Durch Reduzierung steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten muss erreicht werden, dass insbesondere große Unternehmen wieder ihren Anteil an Steuern zahlen.

- Die Verrechnungsmöglichkeiten für Gewinne und Verluste zwischen einzelnen Unternehmen werden eingeschränkt. Wirtschaftlich selbständige Unternehmen sind eigenständig zu besteuern
- Die steuermindernden Regelungen bei Organschaften werden eingeschränkt.
- Die Abschreibungsdauer von Vermögensgegenständen wird an die tatsächliche Nutzungsdauer angepasst. Erhöhte degressive Abschreibungen werden, denen keine echte Wertminderung zugrunde liegt, werden abgeschafft.
- Investitionszulagen und Steuervorteile werden an den Standort gebunden.

Steuergerechtigkeit heißt: Die Steuerverwaltung effektiver gestalten, die Steuerkriminalität entschieden bekämpfen

Die Steuerverwaltung ist nicht mehr in der Lage, die vorhandenen Steuergesetze umzusetzen und eine gerechte Besteuerung zu gewährleisten. Auch deswegen müssen die bestehenden Regelungen vereinfacht werden. Dann kann bestehendes Steuerrecht auch durchgesetzt werden.

Hinzu kommt die angespannte Lage von Betriebsprüfung und Steuerfahndung. Auf diesem Nährboden kann Steuerkriminalität üppig wuchern. Sie verursacht jährlich Steuerausfälle in Milliardenhöhe. Quellenbesteuerung mit den entsprechenden Mitteilungen können die Möglichkeiten zum Betrug deutlich begrenzen.

- Wir wollen, die Prüfungstätigkeit der Finanzämter sich auf die 10 % der Prüffälle konzentriert, die wegen ihrer Komplexität intensiv geprüft werden müssen.
- Wir wollen, dass in jedem Bundesland unverzüglich eine funktionstüchtige Betriebsprüfung eingesetzt wird, so dass bei größeren Betrieben ein Prüfungsabstand von 3 Jahren nicht überschritten wird.

- Ein Schwerpunkt der Kontrolle ist der Umsatzsteuerbetrug, dort beträgt der Schaden jährlich fast 18Mrd Euro. So genannte Karussellgeschäfte müssen unterbunden werden.
- Um die Länder nicht über Gebühr zu belasten, wollen wir durch eine Änderung der Regelungen zum Länderfinanzausgleich dafür Sorge tragen, dass das Interesse der Länder an einer Verbesserung der Personalausstattung der Außendienste und der damit verbundenen konsequenten Ausschöpfung der Steuerquellen weiter gestärkt wird.
- Wenn durch massiven Missbrauch des Bankgeheimnisses Steuerhinterziehung in Milliardenhöhe praktiziert wird, ist nur eine Konsequenz folgerichtig: Mitteilungen der Finanzdienstleister an das Finanzamt. Es ist gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur Entkriminalisierung von Aktienspekulanten.
- Wir wollen ein „Aktionsprogramm gegen Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung“. Ein solches Aktionsprogramm muss wirksame Maßnahmen enthalten, um die Steuerhinterziehung in zentralen Bereichen zu bekämpfen: Kapitalflucht in Steueroasen, Gewinnverlagerungen ins Ausland, Scheinbetriebsausgaben, Scheinunternehmen, illegale Arbeitnehmerüberlassung, Schwarzgeschäfte, Vortäuschung von Beschäftigungsverhältnissen, Vertragsmanipulationen.

3. Steuervereinfachung

Moderne Verwaltung: Steuererklärung vom Finanzamt

Wir wollen Normalverdienern ermöglichen, ohne großen bürokratischen Aufwand Steuern zahlen zu können. Erreicht werden kann dies durch Pauschalierungen und eine bessere Nutzung moderner Informationstechnologie. Bei der Lohnbuchhaltung werden Entfernung zum Arbeitsplatz oder doppelte Haushaltsführung bereits angegeben und berücksichtigt. Arbeitgeber, Finanzdienstleister und Versorgungseinrichtungen führen die Quellensteuern an die Finanzbehörden ab und melden nach Ablauf des Veranlagungsjahres den Finanzbehörden sämtliche steuerpflichtigen Einkünfte des Zahlungsempfängers. Die Finanzbehörden fassen diese Informationen zusammen und stellen den Steuerpflichtigen einen Steuererklärungs-Entwurf zu. Mit der Unterschrift unter den Entwurf ist für die Mehrheit der Steuerpflichtigen die Prozedur beendet. Einige müssen dann nur noch etwaige zusätzliche Werbungskosten, Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen angeben, dies geht auf einem Blatt, wie ein Modellversuch in Herne zeigt. Dies Verfahren ist für ca. 90% der Bürger eine deutliche Entlastung. Entlastet werden auch die Finanzämter. Sie können die freiwerdenden Kapazitäten zur Prüfung der komplizierten Fälle, der Unternehmen und für die Steuerfandung einsetzen.

Weniger ist mehr

Vereinfachungen des Steuersystems sind auch erreichbar durch die Reduzierung vorhandener steuerlicher Erfassung. So ist die verwaltungsintensive Kfz-Steuer ohne weiteres auf die Mineralölsteuer umgelegt werden. Damit wird gleichzeitig die ökologische Steuerungswirkung verbessert. Die Einnahmeverluste der Länder müssen dabei ausgeglichen werden. Auch die Abschaffung des Vorsteuerabzuges bei der Mehrwertsteuer ist eine deutliche Vereinfachung und beseitigt gleichzeitig eine große Quelle von Steuerbetrug. Ebenso können Bier-, Wein- und Sektsteuer zu einer Alkoholsteuer zusammengelegt werden.

4. Gemeindefinanzen stärken: Gewerbesteuer neu gestalten

Die Finanzlage der Kommunen hat sich vor allem durch den Rückgang der Einnahmen aus der Gewerbesteuer in den letzten Jahren massiv verschlechtert. Zur Überwindung dieser Fehlentwicklung bedarf es einer eigenständigen, ergiebigen und relativ konjunkturunabhängigen Steuer. Die derzeitige Gewerbesteuer erfüllt nach der Blockade der Reform durch die CDU im Vermittlungsausschuss vom Dezember letzten Jahres diese Aufgabe weiterhin nicht mehr.

- Wir fordern eine am gesamten Kapitaleinsatz ausgerichtete Gemeindewirtschaftsteuer. Diese Gemeindewirtschaftsteuer stellt das Band zwischen der Wirtschaft in der Kommune und deren infrastrukturellen Leistungen her.
- Wir wollen eine Ausweitung auf alle Unternehmen in einer Kommune. Deshalb werden die gesamten Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit einbezogen. Gleichzeitig bleibt es bei dem Prinzip der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer.
- Die Besteuerungsgrundlage ist der Steuerbilanzgewinn unter Hinzurechnung aller Zinsen aus Dauerschulden sowie des Finanzierungsanteils aller Mieten, Pachten und Leasingraten.
- Diese erweiterte Gewerbesteuer soll jeweils dort erhoben werden, wo die Menschen arbeiten und wo die Unternehmen mit Anlagen und Büros die kommunale Infrastruktur in Anspruch nehmen

5. Zukunft gestalten: Familien mit Kindern unterstützen

Wir wollen, dass im Steuerrecht Familienleistungen und Lasten besser Berücksichtigung finden. Das derzeitige System zeigt eine deutliche Ungerechtigkeit gegenüber Familien mit Kindern. Deswegen wollen wir bei der Besteuerung von Ehegatten auf eine verfassungskonforme Individual-Veranlagung umsteigen. Anstelle der Begünstigung des Familienstandes Ehe soll die verstärkte Förderung von Familien mit Kindern treten. Uns ist jedes Kind gleich viel wert. Deshalb wollen wir keine steuerlichen Kinderfreibeträge, sondern die Steuermehreinnahmen aus dem Wegfall des Splitting-Tarifbeschlusses unmittelbar – über ein leicht erhöhtes Kindergeld – aber vor allem mittelbar – über eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kindererziehung zurückgeben. Für Erziehung und Bildung sollen auch zusätzliche Einnahmen aus der Erbschaftsteuer eingesetzt werden. Wir wollen mittelfristig erreichen, dass für Kinder jeden Alters Betreuungs- und Bildungsangebote bereitstehen.

- der Splittingtarif wird abgeschafft, jeder Ehepartner wird individuell veranlagt, dabei wird für den nicht verdienenden Ehegatten ein zweiter Grundfreibetrag steuermindernd berücksichtigt.
- Für Altfälle, die von geänderten Kindergeldregelungen nicht mehr betroffen sind, werden Übergangsregelungen geschaffen.
- Die Kinderfreibeträge werden abgeschafft
- Die zusätzlichen Finanzmittel werden dazu eingesetzt, die Kinderbetreuung in einer für die Familien bezahlbaren Form auszuweiten, die notwendigen Bildungsausgaben zu finanzieren und um das Kindergeld ggf. anzuheben.

6. Zukunftsinvestitionen aus ererbtem Vermögen

Wir wollen von weitergegebenen großen Vermögen einen angemessenen Beitrag für Zukunftsinvestitionen. Da es sich bei Erbschaften um leistungslose Einkommen handelt, darf die Gesellschaft hier berechtigterweise einen größeren Anteil zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben verlangen. Dabei wollen wir die zusätzlichen Mittel für Bildung und Betreuung einsetzen. Wir werden die Erbschaftssteuer reformieren und die Ungleichbehandlung bestimmter Vermögensarten beenden. Wir werden dabei Regelungen schaffen, die einen leichten Betriebsübergang insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen ermöglichen und im Regelfall die selbstgenutzte Wohnung steuerfrei lassen.

- In einem neuen Bewertungsgesetz werden alle bisher unterbewerteten Vermögensarten (Grundvermögen, Betriebsvermögen, land- und forstwirtschaftlicher Besitz) an das untere Niveau der Marktwerte herangeführt.
- Ein Freibetrag für Betriebsvermögen von 2 Millionen Euro stellt den Generationenübergang kleinerer Betriebe sicher. Stundungsregelungen auf 10 Jahre erleichtern den Übergang größerer Betriebe.
- Ein Freibetrag von 500.000 Euro für Ehepartner und 250.000 Euro für Kinder stellt Wohnungen weitgehend steuerfrei.
- Die Erbschaftssteuertarife werden ab 5 Millionen Euro um 1 % angehoben.
- Nach einer verfassungskonformen Ausgestaltung des Bewertungsgesetzes kann auch die Vermögenssteuer wieder in Kraft gesetzt werden.

Der Bezirksvorstand wird beauftragt, auf der Grundlage dieses Antrages im Bezirk eine Debatte über die Steuerreform mit breiter Beteiligung zu organisieren.

B 5

(Unterbezirk Groß-Gerau)

Bildung ist Zukunft für alle – Solidarische Bildungsfinanzierung

Die SPD Bezirk Hessen-Süd spricht sich für die Einführung einer Vermögenssteuer aus, deren Erlös für zusätzliche Bildungsausgaben verwendet werden soll.

Antragsgruppe C

Sozialpolitik

C 5

(AfA Bezirk Hessen-Süd)

Betriebliche Altersversorgung

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd verurteilt Bestrebungen in den Unternehmen, die dort existierenden betrieblichen Altersversorgungen in ihrem Bestand zu beschneiden oder sie gar gänzlich zu kündigen.

Er fordert die Unternehmen auf, von ihren diesbezüglichen Plänen Abstand zu nehmen und sich ihrer sozialen Verantwortung zu stellen.

Er fordert zudem die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, umgehend alle gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, das System der betrieblichen Altersversorgung auch im Hinblick auf diese neuerlichen Vorstöße zu stützen, zu sichern und auszubauen.

Er fordert Gewerkschaften, ihre Tariffunktionen und Betriebsräte dazu auf, entsprechenden Widerstand zu leisten und diesen erneuten Angriff auf soziale Errungenschaften unseres demokratischen Systems vehement abzuwehren.

C 13

(Bezirksarbeitsgemeinschaft SPD 60plus)

Zahnmedizinische Leistungen

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die rechtliche Zulässigkeit des Verhaltens von privaten Krankenversicherungen zu prüfen, keine Versicherungen für zahnmedizinische Leistungen für bestimmte Altersgruppen abzuschließen.

C 14

(Unterbezirk Hochtaunus)

Mehr Chancen für die Organspende

Wir fordern die Übernahme der Typisierungskosten für Knochenmarkspender durch die Krankenkassen.

I C 1

Resolution zu Hartz IV

Im SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2002 hieß es: "Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren der Gesellschaft. Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau."

Nach dem jetzigen Ergebnis des Gesetzgebungsverfahrens

- soll das neue Arbeitslosengeld II am Sozialhilfeniveau ausgerichtet werden,
- wird die Zahl der faktischen Sozialhilfebezieher von derzeit 2,8 Millionen Menschen auf 4,5 Millionen Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld II – Bezieher steigen,
- wird damit das Einkommen von 1,7 Millionen bisheriger Arbeitslosenhilfebezieher erheblich gesenkt; durch Hartz IV werden auf einen Schlag 1,7 Millionen Menschen zusätzlich in die Armut geschickt, eine verbesserte Absicherung erhalten nur wenige;
- steigt die Zahl der auf Sozialhilfeniveau lebenden minderjährigen Kinder von derzeit 1 Million auf 1,5 Millionen ; fast jedes 10. Kind wird damit vom Sozialamt abhängig, derzeit ist es noch fast jedes 15. Kind. Es wird Stadtviertel geben, in denen ein Drittel aller Kinder in dieser staatlich gewährleisteten Armut leben werden.

Die Ankündigung Wolfgang Clements, dass durch das Inkrafttreten der Hartz-Gesetze die Arbeitslosigkeit drastisch gesenkt werde, wird durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in keiner Weise bestätigt.

Die geplante Verarmung der bisherigen Arbeitslosenhilfebezieher schafft nicht einen einzigen Arbeitsplatz und verbilligt auch in gar keiner Form den Faktor Arbeit, wenn dessen Kosten denn wirklich, wie die neoliberale Theorie behauptet, das Hauptproblem unseres Arbeitsmarktes wäre.

Der Bezirksparteitag fordert deshalb, dass die noch nicht umgesetzten Teile des Hartz-Konzeptes sowie auch die bisherigen Wirkungen von Hartz I und II erneut auf den Prüfstand sozialer Gerechtigkeit gestellt werden und dass der Verarmungsprozess der schwächsten Glieder der Gesellschaft gestoppt werden muss. So begrüßenswert

es ist, dass selbstgenutzter Wohnraum zur persönlichen Alterssicherung unangetastet bleibt, so falsch ist es, Lebensversicherungen u.a. derjenigen, die vielleicht nicht genug Geld haben, sich ein Reihenhaus zu erwerben, aufzulösen und der Alterssicherung zu entziehen.

Insbesondere darf die Benachteiligung der Familien mit Kindern in dieser Gesellschaft nicht noch verstärkt werden.

Kinder gehören weder auf das Sozialamt noch auf das Arbeitsamt. Kinder und Jugendliche sind durch eine eigenständige Kindergrundsicherung wirksam vor Armut zu schützen."

IC 2

(Bezirksvorstand)

Langzeitarbeitslosen mit aktiver Förderung eine Zukunft geben: Hartz IV als Teil der Lösung gestalten - nicht als Teil des Problems!

Die Prioritäten, mit denen das Inkrafttreten von „Hartz IV“ vorbereitet wird, dürfen sich nicht einseitig auf die Finanzierungs-, Verteilungs- und Machtfragen zwischen den politischen Ebenen sowie auf technisch-organisatorischen Fragen richten.

Vom „Fördern und Fordern“ darf nicht nur das Fordern übrig bleiben.

Das widerspricht den Leitlinien sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik, die Menschen eine Zukunft geben und nicht sie zusätzlich finanziell belasten, ihre Armutsrisiken und Zukunftsängste verschärfen will.

Eine wirksame Arbeitsmarktreform ist nur mit den betroffenen Menschen, nicht gegen sie möglich.

Darum fordert der Bezirksparteitag:

1. Die rot-grüne Bundesregierung sowie die Parteispitze der SPD müssen offensiver gegen die Blockadepolitik der CDU/CSU im Bundesrat und in der Öffentlichkeit vorgehen. Sie müssen deutlich machen, dass es CDU/CSU um die Bekämpfung der Arbeitslosen statt um Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie um die Demontage der Tarifautonomie geht, und diesem konservativ-neoliberalen Konzept die sozialdemokratische Alternative klarer entgegenstellen.
2. Politische Leitlinie von „Hartz IV“ ist und bleibt es, Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, und zwar mit dem mittelfristigen Ziel einer eigenständigen, sicheren Lebensperspektive.
Diese Zielsetzung muss nochmals uneingeschränkt bekräftigt werden. Im Hinblick auf die Regelungen zur Zumutbarkeit sowie zum Zugriff auf Ersparnis und individuelle Alterssicherung müssen die realen Effekte sorgfältig daraufhin geprüft werden, inwieweit sie sich zu den durch „Hartz IV“

versprochenen Zielen der Integration und Sicherung von Lebensperspektiven kontraproduktiv verhalten.

3. Der Weg zur Erreichung der angestrebten Ziele ist das „Fördern und Fordern“ ist, nicht das Fordern allein oder in erster Linie, oder quasi als Vorleistung der Betroffenen.
Das muss die rot-grüne Bundesregierung angesichts der Schieflage der gegenwärtigen Debatten, in denen das Inkrafttreten vorbereitet wird, nochmals bestätigen und klarstellen.
4. Um die Seite des „Förderns“ gleichermaßen vorzubereiten und politisch zu verankern, muss sofort auf Bundes- wie auf Länderebene eine qualifizierte Debatte unter Einbezug aller Akteursbereiche geführt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine sachkundige Kommission „Fördern mit Hartz IV“ einzurichten und ihr einen Stellenwert im politischen Prozess einzuräumen.
Aufgabe dieser Kommission ist die Klärung, wie Konzeptionen mit flexiblen und qualifizierten, für diese Zielgruppen geeigneten Instrumenten und leistungsfähige regionale Träger- und Netzwerkstrukturen aussehen müssen, wie Mindeststandards für die Qualität von Eingliederungsleistungen zu definieren sind und last not least, was die künftigen Beschäftigungsfelder für die verschiedenen Zielgruppen der Menschen in ALG II sein sollen und können. Zielen und Grundorientierungen, Konzepte und Instrumente müssen so gestaltet werden, dass sie zur Chancengleichheit und Gleichstellung von Frauen beitragen und strukturelle Nachteile nicht weiter verfestigen.
5. Als Anshub sind für die Umstellung auf „Hartz IV“ zusätzliche Arbeitsmarktprogramme notwendig, um das „Fordern und Fördern“ zu initiieren.
Die Relation zwischen aktiver und passiver Mittelwendung des Gesamtvolumens für „Hartz IV“ muss deutlich zugunsten von Eingliederungsleistungen verbessert werden.
Bund und Länder als gemeinsame Verantwortungsträger sind aufgefordert, für geeignete Arbeitsmarktprogramme mehr Mittel bereit zu stellen.
Die bisher bekannten Zahlen zur geplanten Mittelaufteilung für „Hartz IV“ sehen vor, dass vom Gesamtvolumen von 24,5 Mrd. Euro nur 6,4 Mrd. Euro für (nicht näher spezifizierte) Eingliederungsmaßnahmen verwendet werden. Das würde bedeuten, dass *nur ein Viertel* der Mittel für *aktive Maßnahmen*, drei Viertel dagegen für passive Transferleistungen geplant sind. Das wäre die Abkehr vom erfolgreichen sozialdemokratischen Prinzip der Arbeitsmarktpolitik „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“.
6. Notwendig ist eine aussagefähige, zeitnahe und transparente Berichterstattung bezüglich der Erfassung und Anerkennung der betroffenen Personen bei der Umstellung auf „ALG II“.
Ernst zu nehmende Befürchtungen werden bereits jetzt aus der Praxis dahingehend artikuliert, dass zahlreiche langzeitarbeitslose Menschen - vor allem Frauen - von vorneherein aus der neuen „ALG-II“-Statistik draußen bleiben werden. Das stünde in klarem Widerspruch zur Lissabon-Strategie der

Europäischen Gemeinschaft, die Integration und Inklusion, nicht Ausgrenzung fordert, und würde zugleich das Chancengleichheitsgebot in Artikel 3 des Grundgesetzes sowie im Amsterdamer Vertrag verletzen.

7. Alle Zielgruppen, die künftig unter „ALG II“ subsumiert werden, müssen in ihrer Unterschiedlichkeit und gemäß ihren Bedürfnissen Thema für die Politik bleiben.

Keine Gruppe darf aus der Förderzielsetzung ausgeklammert werden. In besonderer Weise stellt sich die Aufforderung nach wirksamen Maßnahmen für die Gruppe der langzeiterwerbslosen Frauen, besonders für Allein Erziehende, sowie für die Jugendlichen unter 25 Jahre, die ja nach SGB II einen *Rechtsanspruch* auf Qualifizierung und Beschäftigung haben. Die von der Bundesfrauenministerin zugesicherte frauenpolitische Begleitung der „Hartz“-Gesetze muss transparent und effektiv erfolgen.

IC 3

Mobilität sichert Integration – keine Kürzungen für Schwerbehinderte im Nahverkehr

In den letzten Tagen tauchen immer mehr Informationen auf die besagen, das gravierende Änderungen im Beförderungsrecht für Schwerbehinderte anstehen.

Der Bezirksparteitag lehnt die drastischen Einschränkungen die die Beförderung von Schwerbehinderten im Nahverkehr betreffen aufs schärfste ab!

Wir fordern die Bundes-SPD auf, Alternativen zu den geplanten Kürzungen zu entwickeln.

Die geplante Regelung soll zum 1.1.2005 in Kraft treten, sie ist Teil der Subventionsabbauhilfe von Ministerpräsident Koch und Steinbrück. Bundestag und Bundesrat haben sich bereits auf eine Liste geeinigt, wonach der Bund seine Fahrgeldzuschüsse für Menschen mit Behinderung kürzen muss.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass Menschen mit Behinderung künftig Busse und Bahnen nur innerhalb des Nahverkehrsverbundes ihres Heimatortes nutzen dürfen.

Schwerbehinderte Menschen, besonders die, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, sind auf unsere Hilfe und staatliche Unterstützung angewiesen. Diese geplante Einschränkung der Mobilität schwerbehinderter Menschen steht dem Willen zur Integration entgegen.

Die bestehende Regelung erlaubt durch den Kauf einer Wertmarke, dass Personen mit Berechtigung (entsprechendes Merkzeichen im Ausweis) in ihrem Nahbereich unentgeltlich befördert werden. Diese Beförderungsberechtigung gilt für alle Nahverkehrsverbünde in Deutschland und zudem innerhalb eines Umkreises von 50 Kilometern vom Heimatort.

Schwerbehinderte Menschen brauchen mehr Solidarität und Verständnis für ihre Situation und nicht weitere finanzielle Belastungen. Gerade viele ältere behinderte Menschen können nicht aufs Auto ausweichen.

Gesamtübersicht über die Behandlung der Anträge

	Antragsgruppe A Organisation – Partei – Verbände	
A 1	Änderung von § 6, Abs. 1 (Delegiertenschlüssel) der Satzung des SPD-Bezirks Hessen-Süd	Annahme
A 2	Quorum bei Wahlen	Annahme in geänderter Fassung
A 3	Satzungsänderung der Sozialdemo- kratischen Partei Deutschlands- Bezirk Hessen-Süd; § 8 Bezirksparteitag	Ablehnung
A 4	Volksentscheid zur Europäischen Verfassung	Ablehnung
A 5	Quotierung Redeliste auf Unterbezirks-, Bezirks- und Landesparteitagen	Ablehnung
A 6	Einführung eines flexiblen Jugendfaktors	Annahme in geänderter Fassung
A 7	Kommunikation vor Entscheidungen verbessern	Annahme
A 8	Demokratischer Sozialismus – Ja oder Nein ?	Annahme in geänderter Fassung
A 9	Beteiligung älterer Menschen an Entscheidungsprozessen	Annahme
A 10	Pflegeversicherung	Annahme in geänderter Fassung
	Antragsgruppe B Wirtschaft – Finanzen – Verkehr – Energie – Umwelt – Landwirtschaft	
B 1	Steuern – aber gerecht	Annahme in geänderter Fassung
B 2	Steuerreform	Erledigt durch B 1

B 3	Einfache Steuern für Deutschland – Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftswachstum sind unsere Ziele	Erledigt durch B 1
B 4	Für die Wiedereinführung der Vermögensteuer	Erledigt durch B 1
B 5	Bildung ist Zukunft für alle – Solidarische Bildungsfinanzierung	Annahme in geänderter Fassung
B 6	Unternehmenssteuerreform	Erledigt durch B 1
B 7	Steuerschlupfloch	Erledigt durch B 1
B 8	Steuerfreiheit von Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschlägen	Erledigt durch B 1
B 9	Subventionen streichen für Bildung und Forschung	Erledigt durch B 1
B 10	Soziale Gerechtigkeit schafft Arbeit und Wohlstand in Europa	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
B 11	Für den Erhalt der Tarifautonomie und die Verteidigung der Flächentarifverträge	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
B 12	Erhalt der Tarifautonomie und des Tarifvertragsgesetzes	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
B 13	Für den Erhalt der Tarifautonomie und die Verteidigung der Flächentarifverträge	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
B 14	Regionale Ausbildungsprogramme	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
B 15	Keine Veräußerung der Sparkassen an Dritte	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
B 16	Öffentlicher Personennahverkehr / Vergabe der Linienkonzessionen	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
B 17	SPD soll Alternativen zur Nordwestbahn aufzeigen	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd

B 18	A 380-Wartungshalle muss nach FRA	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
	Antragsgruppe C Sozialpolitik	
C 1	Sozialer Kahlschlag der Hessischen CDU-Landesregierung	Erledigt durch die Beschlusslage des a.o. Bezirksparteitages vom 20.09.03 in Karben
C 2	Operation „Sichere Zukunft“ der hessischen CDU-Landesregierung	Erledigt durch die Beschlusslage des a.o. Bezirksparteitages vom 20.09.03 in Karben und durch das Vorhaben der SPD-Landtagsfraktion zu Klagen.
C 3	Deutschland sozial gerecht erneuern	Erledigt durch I A 1
C 4	Umsetzung der Solidarischen Bürgerversicherung, Umsetzung der Agenda 2010 und einer zukunftsorientierten Rentenpolitik	Überweisung an den Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd
C 5	Betriebliche Altersversorgung	Annahme
C 6	Betriebliche Altersversorgung	Erledigt durch C 5
C 7	Einführung Unisex-Tarif	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
C 8	Rücknahme Agenda 2010	Überweisung an den Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd
C 9	Für einen politischen Kurswechsel	Erledigt durch I A 1 sowie der Beschlusslage der Bezirksparteitage Hessen-Süd zur Bürgerversicherung, Rentenreform und Gesundheitsreform
C 10	Abschaffung Praxisgebühr	Überweisung an den Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd
C 11	Preise der freiverkäuflichen Arzneimittel in Apotheken	Überweisung an die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

C 12	Arzneimittelmengen / Packungsgrößen	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion
C 13	Zahnmedizinische Leistungen	Annahme
C 14	Mehr Chancen für die Organspende	Annahme in geänderter Fassung und Überweisung an den Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd
C 15	Ausländische Haushalts- und Pflegehilfen	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion
C 16	Kostengünstige Einrichtungen zur Betreuung von Kindern	Erledigt durch B 1
C 17	Mehr Raum für Kinder !	Ablehnung
C 18	Schädliche Werbung	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion und die Hessische SPD-Landtagsfraktion
	Antragsgruppe D Bildungspolitik	
D 1	Elite-Universitäten	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
D 2	Elitehochschulen	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
D 3	Elite-Universitäten	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
D 4	Keine Studiengebühren!	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
D 5	Frühzeitige Trennung nach Bildungsgängen	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
	Antragsgruppe E Innenpolitik – Rechtspolitik – Kommunalpolitik	
E 1	Innovation in der Frauenpolitik	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
E 2	Selbstverpflichtung der Industrie zur Frauenförderung	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd

E 3	Umsetzung der EU Richtlinie 2000/78EG	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
E 4	Wahlrecht ab Geburt	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
E 5	Eine starke Region in einem starken Europa	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
E 6	Mehr Bürgernähe durch starke Kommunen in Europa	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
E 7	Wahlperiode für Direktwahlen	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
E 8	Prozenthürde bei Kommunalwahlen	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
E 9	Gegen einen Abbau des sozialen Rechtsschutzes	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
E 10	Gesetz zum Ladenschluss	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
E 11	Bildung einer Bodenmanagementbehörde / Kommunalisierung der Katasterverwaltung	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
E 12	Rauchmelder	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
	Antragsgruppe F Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik	
F 1	Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
F 2	Folter überall und unter allen Umständen ächten	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
F 3	Mehr Finanzmittel für die Entwicklungsländer bereitstellen!	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
F 4	Einsatz für die Rechte von Frauen und Mädchen in Afghanistan	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd

F 5	Keine Einschränkung der Frauenrecht im Irak	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
F 6	Ausrottung des Erregers der Kinderlähmung	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
F 7	Importstopp für tropisches Bauholz, keine weiteren Hermesbürgschaften für Projekte, die die Zerstörung dieses Regenwaldes massiv vorantreiben	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
	Antragsgruppe G Medienpolitik	
G 1	Geschlechtparitätische Besetzung HR-Rat	Überweisung an den Bezirksbeirat der SPD Hessen-Süd
	Initiativanträge	
I A 1	Es ist Zeit für eine Neugestaltung der Politik auf mehr soziale Gerechtigkeit	Annahme in geänderter Fassung
I A 2	Neue Kraft zur Gestaltung gewinnen	Ablehnung
I C 1	Resolution zu Hartz IV	Annahme in geänderter Fassung
I C 2	Langzeitarbeitslosen mit aktiver Förderung eine Zukunft geben: Hartz IV als Teil der Lösung gestalten – nicht als Teil des Problems!	Annahme
I C 3	Mobilität sichert Integration – keine Kürzungen für Schwerbehinderte im Nahverkehr	Annahme

Der Bezirksparteitag hat wie folgt gewählt:

Wahl der Mitglieder des Parteirates

	stimmberechtigte Delegierte	203
	abgegebene Stimmen	191
	ungültige Stimmen	1
		JA-Stimmen
1	Udo Bullmann	169
2	Gerhard Bökel	146
3	Petra Fuhrmann	121
4	Christine Lambrecht	116
5	Jörg Jordan	106
6	Norbert Wieczorek	95
7	Dagmar Schmidt	91
	Heinz Lotz	34

Wahl der Delegierten zu den Bundesparteitagen

	stimmberechtigte Delegierte	203	203	203
	abgegebene Stimmen	190	190	156
	ungültige Stimmen	5	1	1
		1.Wahlgang	2.Wahlgang	3.Wahlgang
1	Andrea Ypsilanti	151		
2	Gerhard Grandke	151		
3	Erika Lotz	147		
4	Norbert Schmitt	147		
5	Gerhard Becker	146		
6	Ansgar Dittmar	137		
7	Marco Pighetti	133		
8	Katrin Hechler	132		
9	Michael Reuter	132		
10	Thorsten Schäfer-Gümbel	130		
11	Carmen Everts	127		
12	Dagmar Schmidt	126		
13	Franz Frey	126		
14	Claudia Brillmann	122		
15	Daniela Less	121		
16	Frank Schmidt	117		
17	Erich Pipa	114		
18	Dagmar Wucherpfennig	113		
19	Nina Hauer	112		
20	Ulli Nissen	106		
21	Cornelia Hornung	103		
22	Gerrit Richter	103		
23	Heinz Lotz	100		
24	Wolfgang Schuster	95		
25	Manfred Görig	94		
26	Klaus-Peter Schellhaas	88		

	1.Wahlgang	2.Wahlgang	3.Wahlgang
27 Wolfgang Glenz	87		
28 Dzenet Stojkovic	81		
29 Stefan Spengler	80		
30 Burkhard Albers	74		
31 Udo Bullmann		113	
32 Uta Zapf			103
33 Gudrun Schaich-Walch			61
34 Petra Tursky-Hartmann			59
Ersatzdelegierte			
Jörg Jordan		57	
Rüdiger Veit		36	
Matthias Kollatz-Ahnen		35	
Alfred Jakoubek		33	
Jan Niclas Kreh		20	
Michael Frischkorn		18	
Raoul Giebenhain		17	
Stephan Grüger		13	
Klaus Kübler		12	
Heinz Juhnke		11	
Marga Nießing		11	
Hans-Jochen Schild		11	
Eckhart Hohmann		10	
Yilmaz Karahasan		9	
Martina Köllner		9	
Stefan Suppes		9	
Karin Voigt		9	
Peter Schöbel		7	
Christel Sprössler		7	
Detlev Blitz		6	

Wahl der Schiedskommissionen des Bezirks

Schiedskommission I

Wahl der/des Vorsitzenden

stimmberechtigte Delegierte 203

abgegebene Stimmen 181

ungültige Stimmen 2

JA-Stimmen

Ursula Gebert 156

Wahl der stellvertr. Vorsitzenden

stimmberechtigte Delegierte 203

abgegebene Stimmen 181

ungültige Stimmen 5

JA-Stimmen

Claudia Reitzmann 168

Ralph Göbel-Zimmermann 159

Wahl der Mitglieder

stimmberechtigte Delegierte 203

abgegebene Stimmen 181

ungültige Stimmen 15

JA-Stimmen

Katharina Wöhlermann 158

Walter Guckes 151

Peter Kircher 144

Dietrich Schnellbach 144

Schiedskommission II

Wahl der/des Vorsitzenden

stimmberechtigte Delegierte 203

abgegebene Stimmen 181

ungültige Stimmen 2

JA-Stimmen

Kurt Graulich 153

Wahl der stellvertr. Vorsitzenden

stimmberechtigte Delegierte 203

abgegebene Stimmen 181

ungültige Stimmen 7

JA-Stimmen

Ursula Kraemer 167

Hubert Harth 157

Wahl der Mitglieder

stimmberechtigte Delegierte 203

abgegebene Stimmen 181

ungültige Stimmen 16

JA-Stimmen

Gabriele Reutter-Schwammborn 130

Jutta Wolters 123

Friedrich Keller 105

Wolfgang Schäfer 103